

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 5

Artikel: Moskaus Expansionspolitik in der Dritten Welt
Autor: Halperin, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moskaus Expansionspolitik in der Dritten Welt

Ideologischer Blickwinkel

Seit den ersten Jahren nach dem Tode Stalins ist die Sowjetunion in einer beharrlichen Offensive zur Schaffung und Erweiterung einer Einflussphäre in Afrika, der Arabischen Welt, in Süd- und Südostasien und Lateinamerika begriffen. Waffenlieferungen an Länder der Dritten Welt sind das von den Russen bevorzugte Mittel. Denn moderne Waffen bedürfen der ständigen Zufuhr von Ersatzteilen. Dies bietet dem Lieferanten eine gewisse Garantie, dass der Abnehmer bei der Stange bleibt. Wenn ein Land sich einmal dazu entschlossen hat, seine Armee auch nur teilweise mit russischen Waffen auszurüsten, wird es bei Meinungsverschiedenheiten die Dinge kaum so weit treiben, dass Moskau eine Liefersperre verhängt. Ist einmal das Waffenlieferungsabkommen unter Dach, so folgt die Wirtschaftshilfe. Die Waffenlieferungen dienen also gewissermassen als Investitionsschutz.

Es wäre falsch, diese Politik auf ökonomische Gründe, auf das Streben nach der Schaffung eines Kolonialreiches zwecks Ausbeutung von Rohstoffquellen zurückzuführen. Die Sowjetunion benötigte weder den kubanischen Zucker noch die ägyptische Baumwolle. Militärische Erwägungen spielen zweifellos für Moskau eine Rolle. Sie genügen aber nicht, um den Drang in die Dritte Welt zu erklären, denn im Zeitalter der interkontinentalen Rakete und des mit Atomkraft betriebenen Unterseeboots nimmt die Bedeutung fester überseeischer Stützpunkte ständig ab. Die Beweggründe für die sowjetische Politik gegenüber der Dritten Welt sind vielmehr im marxistisch-leninistischen Weltbild der Sowjetführer zu finden.

Diese sind zwar keine Fanatiker, die alles dem einen, erhabenen Ziel der Weltrevolution unterordnen. Ihre Ziele sind nüchterner: die Sicherung ihrer persönlichen Macht und die Stärkung des Sowjetreiches. Immerhin bewegt sich ihr Denken in den Schranken der marxistisch-leninistischen Ideologie, in der sie seit ihrer Kindheit erzogen worden sind. Dies ist das einzige Weltbild, das sie kennen.

Die Sowjetführer betrachten ihr Land und die Vereinigten Staaten als die wichtigsten Exponenten zweier gegensätzlicher Gesellschaftssysteme, die auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen können. Als Nikita Chruschtschew

das Schlagwort von der «friedlichen Koexistenz» prägte, hatte er nicht einen friedlichen Wettlauf auf das gemeinsame Ziel des allgemeinen Wohlstands im Sinne, sondern ein unerbittliches Ringen, in dem die eine Partei nur auf Kosten der andern vorwärtsschreiten kann und das mit dem «Begräbnis» des Unterlegenen durch den Sieger enden wird.

Im sowjetischen Weltbild stellt die Sowjetunion eine höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Das verleitet die Sowjetführer immer wieder dazu, die Stärke und Elastizität des amerikanischen Gegenspielers zu unterschätzen. Sie neigen dazu, jede innere politische oder wirtschaftliche Krise in den Vereinigten Staaten und jeden Rückschlag der amerikanischen Aussenpolitik als ein Zerfallssymptom, als den «Anfang vom Ende», zu deuten. So geraten sie stets von neuem in Versuchung, durch einen kräftigen Schub den Abstieg des Rivalen zu beschleunigen.

Es ist ein Axiom des Leninismus, dass der Imperialismus auf dem Besitz der Rohstoffquellen der kolonialen und halbkolonialen Länder beruht. Daraus geht hervor, dass die Hauptmacht des Imperialismus, die Vereinigten Staaten, ohne direkten Angriff überwunden werden kann, wenn es gelingt, sie dieser Quelle ihrer Macht zu berauben. Gegen den Widerstand seiner vorsichtigeren Konkurrenten Malenkow und Molotow setzte Chruschtschew deshalb die Offensive in der Dritten Welt als die Generallinie der sowjetischen Aussenpolitik durch. Seine Nachfolger haben diese Politik weitergeführt.

Es geht Moskau dabei wohlgerne nicht darum, eine Rohstoffblockade gegen die Vereinigten Staaten zu verhängen. Um die Macht des Imperialismus zu brechen, genügt es nach leninistischer Doktrin vollkommen, ihm die Profite aus seinen Kapitalanlagen in der Dritten Welt vorzuenthalten. Zu diesem Zweck hat die Sowjetunion seit 1954 immer wieder nationalistische Regimes in Lateinamerika, Afrika und Asien ermutigt, amerikanische und westeuropäische Unternehmungen zu enteignen und sich gleichzeitig durch Annahme sowjetischer Waffenlieferungen aus der militärischen Abhängigkeit vom Westen zu befreien.

Pragmatische Haltung Amerikas

Washington antwortete mit Massnahmen gegen die Empfänger sowjetischer Waffen: mit wirtschaftlichem Druck, mit der Liefersperre für amerikanische Waffen und sogar mit Umsturzversuchen wie dem erfolgreichen in Guatemala (1954) und dem gescheiterten in Kuba (1961). In der gleichen Periode versuchte die amerikanische Regierung immer wieder, zu einer Verständigung mit Moskau zu gelangen, ohne dabei auf der Einstellung der sowjetischen Waffenlieferungen in die Dritte Welt zu bestehen. Solche

Verständigungsversuche waren die Genfer Gipfelkonferenz von 1955, die Einladung Chruschtschews in die Vereinigten Staaten (1959), das für 1960 vorgesehene, von den Russen abgesagte Pariser Gipfeltreffen und das Wiener Treffen Kennedys mit Chruschtschew im Jahre 1961.

Moskau musste aus dem amerikanischen Verhalten notwendigerweise den Schluss ziehen, dass die Vereinigten Staaten lieber ihre nach leninistischer Doktrin lebenswichtigen Interessen in der Dritten Welt opferten, als eine direkte Konfrontation mit der Sowjetmacht zu wagen. Daraus ergab sich für die Sowjetführer die logische Folgerung, dass weitere Steigerung des sowjetischen Drucks zu immer grösserer Nachgiebigkeit des Gegners führen würde. So kam es zum Bau sowjetischer Raketenbasen in Kuba im Herbst 1962.

In der darauffolgenden direkten Konfrontation erzwang Präsident Kennedy den Rückzug der sowjetischen Raketen und strategischen Bombenflugzeuge aus Kuba, ohne auf vollständiger Einstellung der sowjetischen Waffenhilfe an Kuba zu beharren. Der sowjetische Rückschlag erschütterte die Machtstellung Chruschtschews und trug zu seinem zwei Jahre später erfolgten Sturz bei. Dennoch führte, wie sich später herausstellte, die sowjetische Niederlage in der Raketenkrise vom Oktober 1962 *nicht* zu einer grundsätzlichen Revision der sowjetischen Aussenpolitik. Die Nachfolger Chruschtschews setzten die Waffenhilfe an Ägypten, Syrien und den Irak fort und ermöglichten durch massive Lieferungen an Hanoi die ständige Steigerung des Guerrillaeinsatzes in Vietnam. Gleichzeitig wurde mit grosser Eile die Vermehrung des sowjetischen Atomwaffenbestandes und der Aufbau einer starken Kriegsflotte betrieben.

Die Erweiterung der sowjetischen Kriegsflotte stand in direktem Zusammenhang mit der sowjetischen Politik in der Dritten Welt. Der Zweck war, durch ständige Präsenz in überseeischen Gewässern in Zukunft jede amerikanische Massnahme im Stil der Kubablockade vom Jahre 1962 und der Landung amerikanischer Marinetruppen im Libanon (1958) und in Santo Domingo (1965) durch das Risiko einer direkten Konfrontation mit der sowjetischen Flottenmacht zu verhindern. Eine ständige sowjetische Flottenpräsenz im Mittelmeer wurde schon 1967 durch das Bündnis mit Ägypten ermöglicht. Von 1969 an zeigten sich auch in karibischen Gewässern und im Indischen Ozean immer häufiger sowjetische Kriegsschiffe.

Die Rüstungspolitik der Nachfolger Chruschtschews ging offensichtlich von der Annahme aus, dass die Schlappe in der kubanischen Raketenkrise lediglich auf die damals noch bestehende amerikanische Überlegenheit in der Atomwaffenrüstung zurückzuführen sei, und dass Washington bei stärkerer sowjetischer Rüstung keine Konfrontationen mehr wagen würde. Mit anderen Worten: die Sowjetführer hielten an der Grundvoraussetzung

der Chruschtschewschen Aussenpolitik fest, wonach die Vereinigten Staaten eine dekadente, nicht mehr zur entschlossenen Verteidigung ihrer Interessen fähige Nation seien.

Die amerikanische Politik der sechziger Jahre schien diese Auffassung zu bestätigen. Im Mittleren Osten begnügte sich Washington damit, den Israelis durch Waffenlieferungen den Rücken zu stärken, unternahm aber nichts gegen die Ausbreitung der sowjetischen Flottenmacht im Mittelmeer. In Vietnam suchte Präsident Johnson das schwache Regime von Saigon durch massiven Einsatz amerikanischer Truppen zu retten, aber er unterliess jeden Versuch, die sowjetischen Lieferungen an Nordvietnam zu unterbinden. Im Gegenteil, als er sich 1967 erstmals zur Bombardierung der Hafenanlagen von Haiphong entschloss, liess er gleichzeitig der Sowjetregierung eine Note überreichen, in der er versicherte, dass jede Vorsichtsmassnahme getroffen werde, um die Beschädigung sowjetischer Schiffe zu vermeiden. Eine deutlichere Einladung zur Fortsetzung der sowjetischen Waffenlieferungen lässt sich kaum vorstellen.

Von 1968 an breitete sich in Amerika eine Welle der Kriegsmüdigkeit aus. Die Demonstrationen gegen den Kriegseinsatz in Vietnam wurden immer häufiger. Sie erreichten ihren Gipfelpunkt, als Präsident Nixon im Frühjahr 1970 die Ausräumung der Guerillastützpunkte in Kambodscha befahl. Damals kam es zu einem das ganze Land umfassenden Studentestreik, der von den Verwaltungen und Fakultäten der führenden Universitäten gebilligt und sogar aktiv unterstützt wurde. Im Kongress nahm trotz fortgesetzten Abbaus des amerikanischen Truppeneinsatzes die Zahl der Kriegsgegner rasch zu. Im gleichen Jahr begann die von Chruschtschew mit der Hilfe an Kuba eingeleitete Lateinamerika-Politik endlich Früchte zu tragen: in Chile kam eine kubafreundliche Regierung an die Macht, die unverzüglich zur Beschlagnahmung der in amerikanischem Besitz befindlichen Kupferbergwerke schritt. All das musste die Sowjetführer im Glauben an die Richtigkeit ihrer Aussenpolitik bestärken.

Sowjetische Irrtümer

Diese Politik beruhte jedoch auf drei grundsätzlichen Fehleinschätzungen. Erstens überschätzten die Sowjetführer die Bedeutung der Investitionen in der Dritten Welt für die amerikanische Volkswirtschaft. Der Reichtum Amerikas beruht nicht auf den Auslandsinvestitionen, sondern auf seinem gewaltigen Industriepotential. Die Investitionen im Ausland sind nur die Folge, nicht die Ursache dieses Reichtums. Auch gibt es für das amerikanische Kapital genügend Ausweichmöglichkeiten. Weder die kubanischen Zuckerplantagen noch die chilenischen Kupferbergwerke sind für Amerika

lebenswichtig. Je grösser das Risiko und je geringer der Gewinn aus Investitionen in gewissen Ländern Lateinamerikas wurden, desto mehr steigerten sich die lukrativen amerikanischen Investitionen in den entwickelten Industrieländern Europas.

Aus dieser Fehleinschätzung ergab sich der zweite Irrtum der sowjetischen Aussenpolitik, der darin bestand, die unbestreitbare Schwäche der amerikanischen Aussenpolitik als Symptom der Dekadenz, der Lähmung des Willens zur Verteidigung lebenswichtiger Interessen zu deuten. In Wirklichkeit ist diese Schwäche lediglich auf Unerfahrenheit zurückzuführen. Amerika wurde von sukzessiven Wellen von Einwanderern bevölkert, die fernab von den Konflikten des gequälten europäischen Kontinents eine neue Welt aufbauen wollten. Daraus ergab sich als Tradition der amerikanischen Aussenpolitik die Abneigung gegen die Verwicklung in fremde Händel. Nur mit grossem Widerwillen liess sich Amerika in die beiden Weltkriege hineinziehen. Die Abneigung dagegen, die Rolle einer Weltmacht zu spielen, ist bis heute nicht überwunden. Aber wenn sich das amerikanische Volk wirklich bedroht fühlt, reagiert es mit Entschlossenheit, ja mit Brutalität. Daher die Sprunghaftigkeit, die Unberechenbarkeit der amerikanischen Aussenpolitik.

Überschätzung des Gegensatzes zwischen China und den Vereinigten Staaten war der dritte schwerwiegende Fehler der aussenpolitischen Konzeption Moskaus. Weil die Sowjetführer diesen Gegensatz für eine Konstante der Weltpolitik hielten, glaubten sie es sich leisten zu können, mit beiden Mächten im Unfrieden zu leben.

Nur durch massive Industrialisierungshilfe sowie Anerkennung der chinesischen Vormachtstellung in Asien könnten die Sowjetführer die Freundschaft Chinas erkaufen. Dieser Preis ist ihnen zu hoch; es wäre Wahnsinn, den Rivalen an der eigenen Grenze grosszuzüchten. Hingegen hätten sie ohne weiteres eine Verständigung mit Washington auf Kosten Peking erreichen können, solange im amerikanischen Volk die Erbitterung über den Koreakrieg anhielt. Noch Präsident Johnson wäre wahrscheinlich zu einer solchen Regelung bereit gewesen. Stattdessen setzten die Nachfolger Chruschtschews dessen antiamerikanische Expansionspolitik in der Dritten Welt fort und suchten gleichzeitig, Peking durch Truppenkonzentrationen an der sowjetisch-chinesischen Grenze und im Satellitenstaat Äussere Mongolei unter ständigem Druck zu halten.

China profitiert

Diese Politik trieb Washington und Peking zur gegenseitigen Verständigung. Sie wurde vom jetzigen Präsidenten Nixon schon 1969 bei seinem

Besuch im chinafreundlichen Rumänien angebahnt und dann drei Jahre lang mit den klassischen Methoden der Geheimdiplomatie weiter vorbereitet.

Nixon übertrieb nicht, als er seinen Besuch in Peking als einen Wendepunkt in der Weltpolitik bezeichnete. Die amerikanisch-chinesische Verständigung bedeutet den Bankrott der bisherigen sowjetischen Aussenpolitik, vor allem der sowjetischen Politik in der Dritten Welt. Denn von nun an kann Washington jede feindselige Handlung der Sowjetunion, jeden weiteren Expansionsversuch in der Dritten Welt mit Intensivierung der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit, beispielsweise mit technologischer Hilfe bei der Industrialisierung Chinas, beantworten. Die antiamerikanische Aussenpolitik der Sowjetunion ist unmöglich geworden: ihre Fortsetzung würde zur Stärkung des chinesischen Rivalen der Sowjetunion führen.

Als im Juli 1971 die Chinareise Nixons erstmals angekündigt wurde, weigerten sich die Sowjetführer zunächst, diese bitteren Schlussfolgerungen zu ziehen. Ihre Erfahrungen mit den Präsidenten Eisenhower, Kennedy und Johnson verleiteten sie zur falschen Annahme, dass sie Washington durch blosses Beschwichtigungsmanöver im Stile Chruschtschews, durch eine teilweise Entspannung in Europa und allerlei diplomatische Gesten besänftigen könnten, ohne auf das Kernstück ihrer Aussenpolitik, die Expansion in der Dritten Welt, zu verzichten. So wurde zwar ein für den Westen günstiges Abkommen über Berlin abgeschlossen, aber die Lieferungen an Nordvietnam und Ägypten wurden fortgesetzt, mit Syrien und dem Irak wurden neue Abkommen geschlossen, Indien wurde zum Angriff auf Ostpakistan ermutigt, und die Flottentätigkeit im Indischen Ozean und im Karibischen Meer dauerte an. Noch wenige Wochen vor dem Moskauer Gipfeltreffen tauchte ein sowjetisches atomares Unterseeboot in kubanischen Gewässern auf.

Dem kühlen Machtpolitiker Nixon war es jedoch nicht um diplomatische Gesten, sondern in erster Linie um die Frage der sowjetischen Waffenlieferungen an die Gegner der Vereinigten Staaten zu tun. Deshalb ordnete er die Verminung der nordvietnamesischen Häfen an. Ob das auf die Dauer genügen wird, um das verfaulte Regime von Saigon zu retten, ist zwar zweifelhaft, aber durch die amerikanisch-chinesische Verständigung ist die Zukunft Südvietnams zu einer Frage von untergeordneter Bedeutung geworden. Für die Vereinigten Staaten kann es sich heute nur noch darum handeln, die Freigabe der Kriegsgefangenen zu erzwingen und das Engagement in Vietnam unter einigermaßen ehrenhaften Umständen zu beenden.

Die Verminung läuft auf die vollständige Blockade der nordvietnamesischen Häfen heraus. Sie ist also eine weit stärkere Massnahme als die

von Kennedy 1962 verhängte kubanische Sperre, die lediglich Raketen-transporte betraf. Dabei ist die Atomwaffen- und Flottenmacht der Sowjetunion heute wesentlich grösser als 1962. In manchen Atomwaffen besteht schon Parität, in einzelnen sogar eine sowjetische Überlegenheit. Trotzdem nahm Moskau die amerikanische Massnahme hin. Im Gegensatz zu 1962 kam es auch nicht zum Ausbruch einer Kriegspsychose. Die Sowjetführer empfingen den Mann, der die Verminung angeordnet hatte, festlich in Moskau und unterzeichneten mit ihm eine Reihe von Abkommen. Sie bestanden nicht einmal darauf, dass im Schlusscommuniqué des Moskauer Treffens ein sowjetischer Protest gegen die Verminung registriert wurde. Damit haben sie, so unglaublich das auf den ersten Blick erscheint, de facto den Vereinigten Staaten das Recht zur Verhinderung sowjetischer Waffenlieferungen nach Vietnam zugestanden.

Moskaus Aussenpolitik an der Wende

Das Zurückweichen Moskaus bedeutet, dass die von Chruschtschew eingeleitete Ära der Atomkriegserpressungen beendet ist. Chruschtschew rasselte laut mit den Raketen; seine Nachfolger drohten stumm mit der Stärke des sowjetischen Atomwaffenarsenals. Solche Drohungen haben nun ihre Glaubwürdigkeit verloren. Sie beruhen ja stets auf Bluff. Die Sowjetunion kann sich keinen Atomkrieg mit Amerika leisten. Er würde nur dazu führen, dass die beiden Gegner einander vernichteten und ein neutrales oder gar amerikafreundliches China den Gewinn einstriche.

Damit ist auch das atomare Wettrüsten für Moskau sinnlos geworden. Es kann seinen Zweck, Amerika moralisch zu zermürben, nicht mehr erfüllen. Die Kritiker auf der amerikanischen Rechten, die Präsident Nixon zu grosse Nachgiebigkeit beim Abschluss des Atomwaffen-Stillhaltevertrags vorwerfen, sind im Irrtum. Sie haben den qualitativen Unterschied zwischen Atomwaffen und konventionellen Waffen nicht erfasst. Eine Überlegenheit an Atomwaffen ist nicht nötig, um einen Gegner vom Angriff abzuschrecken. Es genügt das Potential zu einem vernichtenden Gegenschlag, und darauf hat Nixon im Moskauer Stillhaltevertrag keineswegs verzichtet.

Die von Nixon und Breschnew unterzeichnete Moskauer Grundsatz-erklärung stellt unter anderem fest, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen «eine besondere Verantwortung dafür haben, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit keine Konflikte oder Situationen entstehen, die zur Erhöhung der internationalen Spannungen führen würden». Der sowjetische Parteichef hat damit seine Unterschrift unter eine zwar indirekte,

aber doch deutliche Verurteilung der Lieferung von Offensivwaffen an Länder der Dritten Welt gesetzt.

Der glatte Verlauf des Moskauer Treffens und die aus ihm hervorgegangenen Abkommen und Erklärungen lassen erkennen, dass die Sowjetführer den Bankrott ihrer bisherigen amerikafeindlichen Aussenpolitik eingesehen haben. Eine grundsätzliche Revision ihrer aussenpolitischen Ziele können sie nur noch vermeiden, wenn in nächster Zeit in Amerika oder China völlig unvorhersehbare Ereignisse eintreten. Das will nicht heissen, dass es nun sofort zu einer vollständigen Kehrtwendung der sowjetischen Aussenpolitik kommt und dass etwa Sadhat und Fidel Castro von einem Tag auf den andern fallengelassen werden. Wahrscheinlicher ist ein von Verzögerungsmanövern und heftigen inneren Auseinandersetzungen begleitetes schrittweises Zurückweichen.

Widerstand gegen die Neuorientierung ist vor allem von zwei Gruppen zu erwarten: von den sowjetischen Militärs und von den kommunistischen Parteiideologen. Das sind aber genau die beiden Gruppen, auf die sich Breschnews persönliche Machtstellung stützt. Es ist deshalb von grösster Bedeutung, dass sowohl der Atomwaffen-Stillhaltevertrag wie die ideologisch anfechtbare Grundsatzerklärung von Breschnew selber in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Kommunistischen Partei unterzeichnet wurden – was in krassem Widerspruch zum bisher stets peinlichst beachteten Protokoll steht. Breschnew setzt also seine volle Autorität ein, um den Widerstand seiner bisherigen Anhänger zu lähmen.

Es bleibt abzuwarten, ob das auf die Dauer genügen wird, um den Parteiführer vor dem Sturz zu bewahren. Er selber war ja der Hauptverantwortliche für die Fortsetzung der verfehlten Chruschtschewschen Aussenpolitik, deren Liquidierung er im Mai 1972 am Moskauer Gipfeltreffen beginnen musste.

ARTHUR FÜRER

Die Tätigkeit internationaler Gesellschaften in Entwicklungsländern

Seit einiger Zeit versuchen gewisse Kreise, die Tätigkeit unserer Privatwirtschaft in der Dritten Welt in Verruf zu bringen. Man wirft ihr vor, ihre Investitionen würden keinen Entwicklungseffekt aufweisen und die erzielten